

SITZUNG N° 3/2020 vom 26. Mai 2020

Beginn: 8.00 Uhr

Anwesend:

C S V

WOLTER Michel, Bürgermeister
PIRROTTE Frank, Schöffe
STURM Richard, Schöffe
SCHOLLER Guy, Rat
BRUCH Jean-Marie, Rat (entsch. ab Punkt 12)
HAMES Joseph, Rat
SCHMIT Danielle, Rätin

L S A P

CRUCHTEN Yves, Rat
RUCKERT Arsène, Rat
THILL Jos, Rat
DUPREL Mireille, Rätin
THIRY-DE BERNARDI Monique, Rätin

DÉI GRÉNG

SIEBENALER-THILL Josée-Anne, Schöffin
KIHN Anne, Rätin

D P

FUNCK Nico, Rat

TAGESORDNUNG:

1. Mitteilungen des Schöffensrates.
2. Städteplanung – Gutheißen der Anfrage zur Parzellierung eines Grundstücks in Fingig, im Ort „rue Nicolas Margue“.
3. Grundschulunterricht – Gutheißen der provisorischen Schulorganisation für das Schuljahr 2020/2021.
4. Jahresabschlusskonten 2019 – Gutheißen der Aufstellung der ausstehenden Einnahmen.
5. Grundsteuer – Festlegen der Besteuerungssätze für das Jahr 2021.
6. Gewerbesteuer – Festlegen des Besteuerungssatzes für das Jahr 2021.
7. Ordentlicher Haushalt 2020 – Genehmigen von zwei Spezialkrediten im Rahmen der COVID-19 Pandemie für diverse Produkte zum Schutz des kommunalen Personals, beziehungsweise für den Einkauf von Schutzmasken für die Bevölkerung.
8. Gerichtsprozesse – Genehmigung zum Anfechten eines ministeriellen Beschlusses zur Abänderung des Haushalts 2020 der Gemeinde Käerjeng.
9. Verkehrsreglemente – Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.
10. Verkehrsreglemente – Bestätigung von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.
11. Fragen und Antworten.
12. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.
13. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

14. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.
15. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.
16. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.
17. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.
18. Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die Räte der LSAP haben eine Motion eingereicht. Ich schlage vor, diese am Ende des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung zu behandeln.

Punkt 1: Mitteilungen des Schöffengerates.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Ich möchte den Gemeinderat über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Finanzen der Gemeinde Käerjeng informieren. In der Tat hat die Innenministerin Taina Bofferding die Gemeinden per Rundschreiben informiert, dass mit teils hohen Einbußen auf der Einnahmenseite der kommunalen Haushalte zu rechnen sein wird. Dieser Einschnitt bei den staatlichen Zuwendungen liegt für unsere Gemeinde bei rund 6,5 Millionen €, was in etwa dem ordentlichen Überschuss des Budgets von 2017 entspricht, oder aber etwa 80% unseres derzeitigen Investitionsbudgets. Nun ist nicht davon auszugehen, dass dies ein einmaliger Impact auf die Gemeindefinanzen darstellen wird, denn vieles hängt davon ab, wie sich die allgemeine Lage in den nächsten Monaten entwickeln wird. Ich kann die Ansicht, dass die Gemeinden diese Einbußen schon irgendwie bewältigen werden, nicht teilen. Und das sieht man beim SYVICOL ebenso, denn dort ist bereits die Rede von einer dramatischen Situation.

Ebenfalls Opfer der Pandemie wurde das Projekt der ortsansässigen Brauerei zum Bau eines Biermuseums. Dieses Projekt sollte eines von zwei Großprojekten sein, die als Beitrag der Gemeinde Käerjeng zu „Esch 2022“ dienen sollten. Durch die Pandemie ist einerseits der Bau an sich in Rückstand geraten. Andererseits hat die Krise nun auch zu weiteren Überlegungen seitens der Brauerei geführt, und das Projekt nun komplett fallen gelassen wurde. Wir werden uns kurzfristig mit den Verantwortlichen von „Esch 2022“ zusammensetzen und sehen, wie der Beitrag der Gemeinde Käerjeng nun aussehen könnte. Jedenfalls wird es schwierig sein, den Ausfall dieses Projektes zu kompensieren.

Punkt 2: Städteplanung – Gutheißen der Anfrage zur Parzellierung eines Grundstücks in Fingig, im Ort „rue Nicolas Margue“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Heute haben wir eine Parzellierungsanfrage für eine Parzelle in Fingig auf der Tagesordnung. Frau Juttel wird uns die Einzelheiten erläutern.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Die besagte Parzelle liegt in der „Rue Nicolas Margue“, wo das Einfamilienhaus mit der Nummer 8 kürzlich abgerissen wurde. Das Vorhaben sieht den Bau von zwei Doppelhaushälften vor.

Rat Guy SCHOLLER (CSV): Entlang dieses Grundstücks verläuft ein Waldweg, der im Laufe der Zeit etwas schmaler wurde. Man sollte bei den anstehenden Ausmessungen darauf achten, dass der Weg vielleicht wieder etwas breiter gestaltet werden kann.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Laut dem Katasterplan könnte der Weg heute breiter sein als er es derzeit wirklich ist.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 3: Grundschulunterricht – Gutheißen der provisorischen Schulorganisation für das Schuljahr 2020/2021.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Bevor Herr Pandolfi die provisorische Schulorganisation für das kommende Schuljahr vorstellt, möchte ich die Gelegenheit nutzen, ein paar Worte zu der gestrigen Wiederaufnahme des Unterrichts zu sagen.

Seit gestern besucht nun ein Teil unserer Kinder wieder die Grundschulen und die Maison Relais. Zwar verlief der Schulanfang noch recht gut, doch ich verstehe nicht, wie man seitens des Bildungsministeriums von einem gelungenen Start sprechen kann, wenn die Schüler mit Verbots- und Einbahnschildern durch die Gebäude geleitet werden und Schulbusse mit 4 oder 5 Kindern fahren.

Als Schöffenrat waren wir klar der Ansicht, dass man die Schule wieder komplett hätte öffnen sollen, anstatt die Klassen jeweils in zwei Gruppen aufzuteilen. Zwar scheint dieses System zu funktionieren, doch man ist noch weit von der Normalität entfernt. Wir haben dahingehend ein Schreiben an den Bildungsminister verfasst und ihm unsere Ansicht mitgeteilt, dass unsere Schulklassen mit 14 Schülern im Normalbetrieb hätten anfangen können. Dies hätte dem Wunsch eines Großteils des Lehrpersonals entsprochen.

Ich ziehe den Hut vor der Leistung der Schöffin Josée-Anne Siebenaler-Thill, der Mitarbeiter aus Verwaltung und Maison Relais und der Lehrkörper, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz wäre es nicht möglich gewesen, den Unterricht auf diese Weise wiederaufzunehmen. Es mussten Arbeitsverträge von teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern angepasst werden. Ebenso mussten wir auf Bademeister und Kursleiter aus unserer Musikschule zurückgreifen.

Wir hätten es vorgezogen, den Unterricht wieder komplett aufzunehmen, denn die psychologischen Auswirkungen der augenblicklichen Lage auf unsere Kinder sind derzeit noch nicht abzuschätzen. Verständlicherweise konnte der Minister nicht für einzelne Gemeinden Ausnahmeregelungen bestimmen, doch man hätte Alternativen im Vorfeld öffentlich diskutieren müssen.

Herr Jean-Marie PANDOLFI (Gemeng Käerjeng): Ich stelle nun die provisorische Schulorganisation für das Schuljahr 2020/2021 vor. Wie jedes Jahr wird der Gemeinde ein Kontingent an wöchentlichen Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt. Dieses liegt für 2020/2021 bei 1.442 Stunden, ein Minus von 55 Stunden gegenüber dem Vorjahr. Diese verteilen sich auf die beiden Schulen: 1.058 für die Schule in Niederkerschen, 384 für die Küntziger Schule.

Die Niederkerschener Grundschule beinhaltet eine Früherziehungsklasse mit 22 Schülern sowie 9 Vorschulklassen mit durchschnittlich 16,77 Schülern. In den Zyklen 2 bis 4 verteilen sich die Schüler auf 26 Klassen. Hier liegt das Minimum bei 13 und das Maximum bei 18,5 Schülern pro Klasse. Die Schule verfügt über insgesamt 70 Stunden an Stützunterricht.

In Küntzig muss man derweil ohne Stützunterricht auskommen. Die Anzahl an Klassen bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 10 Klassen in den Zyklen 2 bis 4 (Minimum 12,5 und Maximum 20 Schüler pro Klasse) sowie 3 Vorschul- und einer Früherziehungsklasse.

Zum Kontingent von 1.442 Unterrichtsstunden kommen noch 11 Stunden für Schüler mit besonderen Bedürfnissen hinzu. Ebenso gewährt man uns jeweils 23 Stunden für einen dauerhaften Ersatzposten und für Erstankömmlinge, sowie noch diverse andere Stunden, so dass wir auf eine Gesamtstundenzahl von 1.508 kommen. 1.227 Unterrichtsstunden werden von Lehrkörpern gewährleistet, die restlichen 281 werden als vakante Posten ausgeschrieben. Dementsprechend stehen auf der heutigen Tagesordnung

7 Posten, wobei es jedoch nur bei 4 Posten Kandidaturen auf der ersten Liste gab. Die restlichen drei müssen somit auf der zweiten offiziellen Liste nochmals ausgeschrieben werden.

Rätin Anne KIHN (déi gréng): Im Namen von déi gréng möchte ich mich für die ausführliche Präsentation und die geleistete Arbeit im Rahmen der Aufstellung der Schulorganisation 2020/2021 bedanken.

Auch möchte ich mich bedanken bei allen, die die gestrige Wiederaufnahme des Unterrichts ermöglicht haben. Es war eine harte Nuss, die es zu knacken galt, und es mussten alle Akteure Hand in Hand zusammenarbeiten, um den Vorgaben der Regierung Rechnung zu tragen. Wir danken dem Schulpersonal sowie dem Personal der Maison Relais und der Gemeindeverwaltung, für deren Hartnäckigkeit, die es ermöglicht hat, dass der Schulbeginn so gut verlaufen ist und alles bereit war, um die Schulkinder in einer Struktur zu empfangen, in der die Ansteckungsgefahr auf ein Minimum reduziert wurde.

Rätin Mireille DUPREL (LSAP): Im Namen der LSAP schließe ich mich den Danksagungen an.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 4: Jahresabschlusskonten 2019 – Gutheißen der Aufstellung der ausstehenden Einnahmen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die ausstehenden Einnahmen des Jahres 2019 belaufen sich auf 50.792,36 €. Für Rechnungen, die aus diversen Gründen nicht eingetrieben werden können, beantragt der Gemeindevorstand Entlastungen in Höhe von 938,43 €.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 5: Grundsteuer – Festlegen der Besteuerungssätze für das Jahr 2021.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Schöffenrat schlägt vor, die Besteuerungssätze der Grundsteuer für das kommende Jahr auf dem gleichen Stand zu belassen.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Seit ein paar Jahren möchten wir eine Diskussion anregen bezüglich des Steuersatzes auf direkt bebaubaren Grundstücken. Zwar liegen wir derzeit im nationalen Vergleich etwa im Durchschnitt, doch einige Gemeinden erhöhen diesen Steuersatz konsequent, um den Eigentümern einen Anreiz zu geben, die Baulücken entweder zu bebauen oder auf den Immobilienmarkt zu geben. Wir schlagen deshalb vor, die Abstimmung über die Besteuerungssätze von der heutigen Tagesordnung zu nehmen, dem Gemeinderat eine Auflistung der betroffenen Grundstücke vorzulegen und die Thematik in einer Arbeitssitzung gründlich zu analysieren.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Ich teile die Meinung von Herrn Cruchten nicht. Selbstverständlich spricht nichts dagegen, dass wir uns von unseren zuständigen Beamten eine Liste aufstellen lassen, doch die Problematik ist nicht ganz so einfach zu handhaben. Wenn es darum geht, den Begriff einer Baulücke klar zu definieren, sind sogar die staatlichen Instanzen sich nicht immer einig. Ich halte nichts von einer Lösung auf kommunaler Ebene, nur eine nationale Lösung kann zielführend sein. Deshalb schlage ich vor, dass wir den Punkt heute zur Abstimmung bringen und uns dennoch eine Liste der Baulücken geben zu lassen, die wir dann gerne in einer Arbeitssitzung besprechen können.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Wir sind uns der Komplexität des Dossiers durchaus bewusst. Da wir das Thema jedoch bereits seit mindestens sechs Jahren ansprechen und es für uns von großer Wichtigkeit ist, müssen wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Gutheißen bei 10 JA-Stimmen (CSV, déi gréng, DP) und 5 Enthaltungen (LSAP).

Punkt 6: Gewerbesteuer – Festlegen des Besteuerungssatzes für das Jahr 2021.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Auch beim Besteuerungssatz für die Gewerbesteuer schlägt der Schöffenrat keine Änderung vor, so dass dieser bei 350% bleibt.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 7: Ordentlicher Haushalt 2020 – Genehmigen von zwei Spezialkrediten im Rahmen der COVID-19 Pandemie für diverse Produkte zum Schutz des kommunalen Personals, beziehungsweise für den Einkauf von Schutzmasken für die Bevölkerung.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der erste Kreditantrag in Höhe von 25.000 € betrifft diverses Material, welches wir benötigen zum Schutz unserer Mitarbeiter. Beim zweiten Antrag, für einen Kredit von 50.000 €, geht es darum, eventuelle Initiativen zum Schutz der Bevölkerung kurzfristig in die Wege leiten zu können, wenn es sich denn als sinnvoll erweisen sollte.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 8: Gerichtsprozesse – Genehmigung zum Anfechten eines ministeriellen Beschlusses zur Abänderung des Haushalts 2020 der Gemeinde Käerjeng.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Schöffenrat beantragt die Genehmigung, vor das Verwaltungsgericht zu ziehen, um einen Beschluss der Innenministerin anzufechten. Konkret geht es um den Beschluss, einen Kredit in Höhe von 3.000 € aus dem Budget des Jahres 2020 zu streichen, welche wir für die Erhaltung der Niederkerschener Kirche vorgesehen hatten.

Wir sind nicht die erste Gemeinde, die diesen Schritt in Erwägung zieht. Als Eigentümer der Kirche von Niederkerschen haben wir die Pflicht, für den Erhalt des Gebäudes zu sorgen. Dafür muss eine Minimaltemperatur von 12 Grad garantiert werden. Die entsprechenden Heizkosten wurden auf etwa 3.000 € pro Jahr geschätzt. Es geht also nicht darum, das Gebäude für den Betrieb innerhalb der Kirche zu beheizen, sondern es vor Schäden zu bewahren. Die Innenministerin bewertet dies als versteckte Subsidien für die katholische Glaubensgemeinschaft. Wir möchten diese Unstimmigkeit nun also vom Verwaltungsgericht klarstellen lassen.

Je nachdem wie das Urteil ausfällt, kann es sogar sein, dass die zu gewährleistende Minimaltemperatur noch höher eingestuft wird. Man darf nicht vergessen, dass wir auch Eigentümer der Kirchenorgel sind und somit auch diese vor Schaden bewahrt werden muss, umso mehr da diese auch für die Kurse der Musikschule zur Verfügung steht. Das Innenministerium hat selbst die Kirchenorgel zum festen Bestandteil eines Kirchengebäudes erklärt.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Wir haben genau diese Diskussion bereits geführt, als die Konvention zwischen der Gemeinde und dem Kirchenfonds zur Abstimmung stand. Ob es sich nun um versteckte Subsidien für die Kirche handelt oder nicht, ist nicht einfach zu beantworten. Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass die jährliche Miete mit 1.000 € auch sehr moderat ist. Deshalb sind wir der Ansicht, dass es dem Mieter obliegt, für den Unterhalt aufzukommen.

Die Antwort der Innenministerin erscheint uns klar, und wir sind von daher nicht der Auffassung, dass man damit vors Verwaltungsgericht ziehen sollte.

Rat Nico FUNCK (DP): Ich teile die Ansicht, dass ausschließlich der Mieter in der Pflicht ist, für die Unterhaltskosten aufzukommen.

Genehmigung bei 9 JA-Stimmen (CSV, déi gréng) und 6 NEIN-Stimmen (LSAP, DP).

Punkt 9: Verkehrsreglemente – Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Heute liegen zwei Verkehrsverordnungen vor, die vom Gemeinderat beschlossen werden müssen.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 10: Verkehrsreglemente – Bestätigung von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Nicht weniger als 13 Verordnungen mussten aus Dringlichkeitsgründen vom Schöffenrat beschlossen werden und müssen nun vom Gemeinderat bestätigt werden.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 11: Fragen und Antworten.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Ich möchte mich erkundigen, wie der Schöffenrat zu der bevorstehenden Wiedereröffnung der kommunalen Sportinfrastrukturen steht und welche Schritte bisweilen unternommen wurden.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dieses Thema bereitet uns, ähnlich wie zuvor die Wiederaufnahme des Schulbetriebes, ziemlich viel Kopfzerbrechen. Die Regierung hat die Schließung der Sportinfrastrukturen Mitte März beschlossen, doch die Gemeinden sollen nun über die Wiedereröffnung befinden. Das ist für uns eine recht eigenwillige Auslegung der kommunalen Autonomie.

Nachdem die Regierung in der zweiten Lockerungsphase der verordneten Ausgangsbeschränkungen beschlossen hatte, dass einzelne Sportarten im Außenbereich unter Berücksichtigung einiger Regeln wieder ausgeübt werden können, haben wir die Tennisanlagen wieder freigegeben. Ebenso wurde der Spielbetrieb auf den Boule-Feldern wieder erlaubt, was jedoch auf den sozialen Medien heftig diskutiert wurde, da viele Bürger nicht verstehen konnten, wieso Erwachsene dort ihrem Hobby nachgehen dürfen, den Kindern der Zugang zum Spielplatz jedoch verwehrt bleibt. Die kommunale Autonomie besteht derzeit in der Wiedereröffnung der Anlagen zu den vom Staat diktierten Bedingungen.

Auch mussten wir feststellen, dass Erwachsene sich Zugang zum Multisportfeld verschafft hatten. Die Polizei ist zwar dort vorbeigefahren, doch haben die Beamten nicht interveniert. Deshalb hat sich die Schöffin Josée-Anne Siebenaler-Thill dorthin begeben und hat die Menschen darauf hingewiesen, dass sie sich nicht dort aufhalten dürften. Glücklicherweise waren sie einsichtig.

Es obliegt den einzelnen Sportdachverbänden, ein Abkommen mit dem Sportministerium zu unterzeichnen, welches die Bedingungen festlegt, unter denen die Sportart möglichst gefahrenfrei ausgeübt werden kann. Ein solches Abkommen hat beispielsweise auch der Fußballverband unterzeichnet, doch wir haben bisher keine Anfrage von unseren Fußballvereinen zur Wiederaufnahme des Trainings erhalten.

Wir waren mit dem Neubeginn der schulischen Aktivitäten ziemlich beschäftigt. Sollten nun Anfragen von den einzelnen Sportvereinen kommen, werden wir von Fall zu Fall sehen, was zu tun ist. Persönlich würde ich unter Berücksichtigung der zu beachtenden Bedingungen bei vielen Sportarten niemandem raten, sie derzeit auszuüben.

Zu den Hallensportarten kann ich sagen, dass die Dachverbände des Karaté und des Tischtennis zunächst ein Abkommen mit dem Sportministerium treffen müssen. Bei Handball und Basketball sehe ich nicht, wie man diese Sportarten betreiben soll, wenn man sich nicht einmal den Ball zuspielen darf. Ohnehin sind die Umkleieräume weiterhin nicht zugänglich.

Auch denke ich an das ärztliche Gutachten, welches dafür gesorgt hat, dass wir unseren Bürgern die synthetischen Fußballfelder nicht zur Verfügung stellen konnten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die heutigen Voraussetzungen sich derart von jenen unterscheiden, die im März gültig waren. Wir werden uns daher strikt an die Vorgaben der Regierung halten. Wenn also von staatlicher Seite der Betrieb auf den Sportfeldern wieder erlaubt wird, werden wir uns dem auch nicht verschließen.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Seit diesem Jahr werden die Einzelheiten zu den jeweiligen Punkten auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen den Gemeinderäten in digitalem Format zur Verfügung gestellt. Das begrüßen wir ausdrücklich, denn es erleichtert die Arbeit eines Gemeinderates

erheblich. Allerdings musste ich feststellen, als ich mich mit den Dossiers der heutigen Sitzung beschäftigte, dass jene der vergangenen Sitzung bereits nicht mehr verfügbar sind. Das ist bedauerlich, denn so ist es nicht mehr möglich, Beschlüsse aus früheren Sitzungen aufzurufen. Vielleicht könnte man Studenten über die Sommermonate damit beschäftigen, die Beschlüsse aus früheren Sitzungen einzuscannen, damit auch diese den Mitgliedern des Gemeinderates zugänglich sind.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dieser Umstand war uns nicht bewusst. Wir werden dies mit dem Verantwortlichen des kommunalen Informatikdienstes besprechen.

Rat Nico FUNCK (DP): Auf den sozialen Netzwerken wurde ein Video veröffentlicht, das zeigt, wie in Küntzig auf einer Baustelle möglicherweise asbesthaltiges Material entsorgt wird, jedoch nicht unter Berücksichtigung der Sicherheitsmaßnahmen. In diesem Video wird die Gemeinde Käerjeng erwähnt. Was hat es damit auf sich?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Es handelt sich in der Tat um Garagen im Besitz der Gemeinde, die dort abgerissen werden sollten. Eine Firma wurde mit den Arbeiten beauftragt, und die Regeln zum Entsorgen der Eternitplatten wurden allem Anschein nach nicht respektiert, was dazu geführt hat, dass die Gewerbeinspektion die Arbeiten stoppen musste. Die Platten wurden in einen Container geworfen und dieser anschließend abgedeckt. Laut einem von uns beauftragten Experten empfiehlt es sich nun, den Container zu entfernen. Dies wird unter Aufsicht der Gewerbeinspektion geschehen. Die Gemeinde hat einen Vertrag mit der ausführenden Firma unterzeichnet, die sich in diesem Fall jedoch nicht an die Auflagen gehalten hat.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Werden dem Gemeindepersonal für solche Fälle Weiterbildungskurse angeboten?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Diese Art von Arbeiten werden in der Regel nicht von der Gemeinde selbst gemacht, sondern an spezialisierte Firmen vergeben.

Rat Arsène RUCKERT (LSAP): Was wird denn anstelle der abgerissenen Garagen dort errichtet?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Es handelte sich um Garagen in unmittelbarer Nähe der Maison Relais in Küntzig. Sie weichen einem Transformator und einer Fahrradbox.

Rat Jos THILL (LSAP): Beim Park in Oberkerschen sind immer noch keine Sanitäranlagen zu finden. Man sollte davon profitieren, dass der Zugang zum Park derzeit ohnehin untersagt ist, um dies nachzuholen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die Sanitäranlagen sind in Auftrag gegeben. Wir haben jedoch keinen direkten Einfluss darauf, wann die Anlagen denn nun errichtet werden.

Rat Jos THILL (LSAP): In der Niederkerschener Straße in Oberkerschen steht eine kleine Kapelle. Diese befindet sich in einem verschmutzten Zustand. Ich bitte den Schöffenrat, den Eigentümer des

Grundstücks dazu aufzufordern, die Kapelle zu reinigen, damit sie nicht zu einem Schandfleck verkommt.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): In einem solchen Fall können wir nur dann eingreifen, wenn es sich um einen Verstoß gegen geltende Verordnungen handelt. Wir werden unseren Ordnungsdienst anweisen, sich die Angelegenheit anzusehen.

Motion der LSAP-Räte bezüglich der eventuell geplanten Atommüll-Endlager in der Nähe der belgisch-luxemburgischen Grenze.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Vor kurzem haben wir gehört, dass man sich in Belgien Gedanken macht, was mit dem radioaktiven Abfall geschehen soll. Diesbezüglich wurden unter anderem Zonen ins Gespräch gebracht, die unweit der luxemburgischen Grenze liegen. In einer komplexen Prozedur, in der es auch zu öffentlichen Anhörungen kommt, scheint unter anderem eine Zone in unserer Nachbargemeinde Aubange als möglicher Standort in Frage zu kommen. Da die Prozedur sehr langwierig ist, befürchten wir, dass es für die Gemeinde schwer sein wird, die Lage im Auge zu behalten und den entscheidenden Augenblick für eventuelle Einwände nicht zu verpassen.

Aus diesen Gründen bitten wir den Schöffenrat, die Umweltministerin damit zu beauftragen, die Gemeinde regelmäßig über den Verlauf der Prozedur zu informieren und sie von Beginn an mit einzubinden, sobald eine Zone in unmittelbarer Nähe als potentieller Standort für die geologische Lagerung von Atommüll von der belgischen Regierung zurückbehalten werden würde.

Wir denken, dass diese Motion nichts Außergewöhnliches enthält und sie von allen Mitgliedern des Gemeinderates mitgetragen werden kann.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Ich bedanke mich für die Ausführungen. Der Dachverband der Luxemburger Gemeinden, das SYVICOL, ist derzeit mit der Ausarbeitung einer Stellungnahme beschäftigt, die die Interessen aller eventuell betroffenen Gemeinden vereint. Wir sind der Ansicht, dass wir uns dieser anschließen sollten. Zwar sind wir von der Problematik direkt betroffen, doch wir haben als Gemeinde nichts mit der Umweltministerin zu tun. Die besagte Prozedur läuft seit 2018 und es gilt herauszufinden, zu welchem Zeitpunkt wir als Gemeinde unsere Bedenken anmelden können. Es empfiehlt sich, auf eine gemeinsame Position der Gemeinden zurückzugreifen. Ich schlage deshalb vor, heute nicht über diese Motion abzustimmen, sondern die Stellungnahme des SYVICOL abzuwarten und so unsere Anstrengungen mit anderen Gemeinden zu bündeln.

Rätin Anne KIHN (déi gréng): Als déi gréng ist dieses Dossier für uns natürlich extrem wichtig. In einer Zeit, in der auf erneuerbare und saubere Energien gesetzt wird, ist es erstaunlich, dass der Plan unserer Nachbarn, welcher die zukünftige Politik bezüglich der geologischen Lagerung von Atommüll festhalten soll, ohne echte Debatte übernommen werden soll.

In der Studie, die sich in der öffentlichen Anhörung befindet, wird nicht objektiv über andere mögliche Lösungen diskutiert, sondern die geologische Lagerung als einzige Lösung aufgeführt, obschon diese Lösung einen permanenten Charakter hat und nicht mehr umkehrbar ist. Es bleibt die Hoffnung, dass in naher Zukunft andere Möglichkeiten gefunden werden, die sicherer sind, beziehungsweise umkehrbar, so dass nicht noch die nachfolgenden Generationen belastet sind.

Darüber hinaus ist es sicherlich auch nicht sinnvoll, ein solch wichtiges Dossier in COVID-Zeiten, ohne Verlängerung von Fristen, durchzuboxen.

Obwohl wir als Nachbarn direkt betroffen sein könnten, wurden wir im Vorfeld nicht in die Diskussionen über die Richtung, die die Politik nun festlegen soll, mit eingebunden, und dies obwohl die geologische Lagerung von Atommüll eventuell vor unserer Tür stattfinden könnte. Unserer Ansicht nach ist es auch schwer, solch einen Entschluss zu fassen, wenn nicht alle Einzelheiten bekannt sind, das heißt, wenn noch keine endgültigen Standorte festgehalten wurden. Üblicherweise überprüft man zunächst die Machbarkeit, also ob es einen Standort gibt, an dem die Lagerung ohne negative Auswirkungen stattfinden kann, bevor man einen prinzipiellen Entschluss fasst.

Laut unterschiedlichen Karten würden zwei der potentiellen Standorte, die die richtige geologische Formation vorweisen, direkt an unsere Landesgrenzen stoßen. Eine Zone im Norden läge im direkten Einzugsgebiet des Stausees, aus dem wir zwei Drittel des Luxemburger Trinkwassers beziehen. Eine zweite Zone, etwas südlicher, könnte direkten Einfluss auf die Gemeinde Käerjeng haben, durch Grundwasserleitern, deren Verlauf sich von Virton bis nach Leudelingen zieht. Dort besteht also die Gefahr der Verbreitung einer eventuellen Belastung bis in unsere Gegend.

Wir empfinden es als wichtig, als direkt betroffene Bürger aus der Gemeinde Käerjeng unsere Bedenken in der öffentlichen Konsultation geltend zu machen, in der Hoffnung, dass ein echter Dialog im Vorfeld stattfindet, in dem alle Möglichkeiten diskutiert werden.

Der Text der hier vorliegenden Motion geht uns dementsprechend nicht weit genug. Deshalb sind wir uns in der politischen Mehrheit einig, eine Vorlage des SYVICOL abzuwarten, auf deren Basis wir weiterarbeiten, um unsere Bedenken einzureichen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Danke für diese fachkundige Erläuterung. Ich schlage also vor, pragmatisch vorzugehen und heute nicht über die Motion abzustimmen, da sie uns nichts bringt.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Ich begrüße natürlich die Initiative, eine gemeinsame Aktion zu starten, doch ich verstehe nicht, wieso wir diese Motion nicht doch gutheißen können, denn sie ist frei von jedweder Kritik.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Es gibt in diesem Fall keine direkte Verbindung zwischen dem Umweltministerium und der Gemeinde, und die Ministerin kann nur für den Staat handeln, nicht für eine Gemeinde. Wir sind in einer offiziellen Prozedur, in der wir zu einem gegebenen Zeitpunkt inhaltliche Argumente vorbringen müssen. Ich finde die Einwände der Rätin Anne Kihn richtig, und es gilt, diese zum richtigen Moment zur Sprache zu bringen. Wir sind vom Prinzip her nicht unterschiedlicher Meinung, deshalb bitten wir den Gemeinderat, dem Schöffenrat das nötige Vertrauen zu schenken, um zum gegebenen Zeitpunkt zu handeln.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Ich kann damit einverstanden sein, die Motion heute nicht zur Abstimmung zu bringen, unter der Bedingung, dass sie auch nicht in einer Schublade verschwindet. Sollte es nicht zu einer zufriedenstellenden gemeinsamen Position kommen, würden wir sie noch einmal aufgreifen.

Keine Abstimmung.

Punkt 12: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 13: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 14: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 15: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 16: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 17: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 18: Nicht öffentliche Sitzung – Grundschule – Postenbesetzungen in den Zyklen 2-4 für das Schuljahr 2020/2021.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Ende der Sitzung: 9:40 Uhr